

Ostdeutsche Bau-Zeitung

Verlag Paul Steinko
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

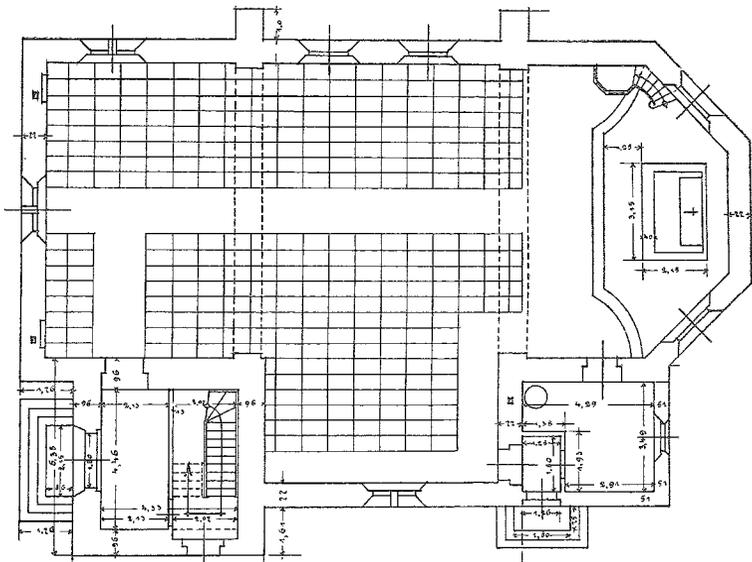
Erscheint jeden Mittwoch u. Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,18 Mark.

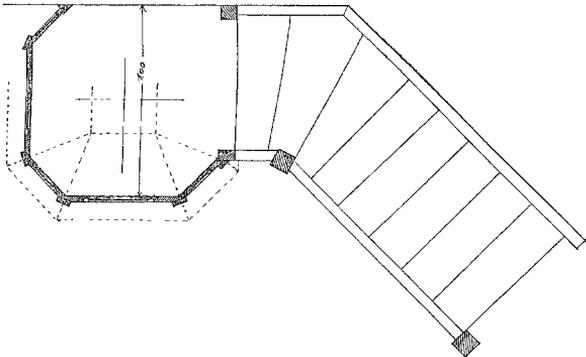
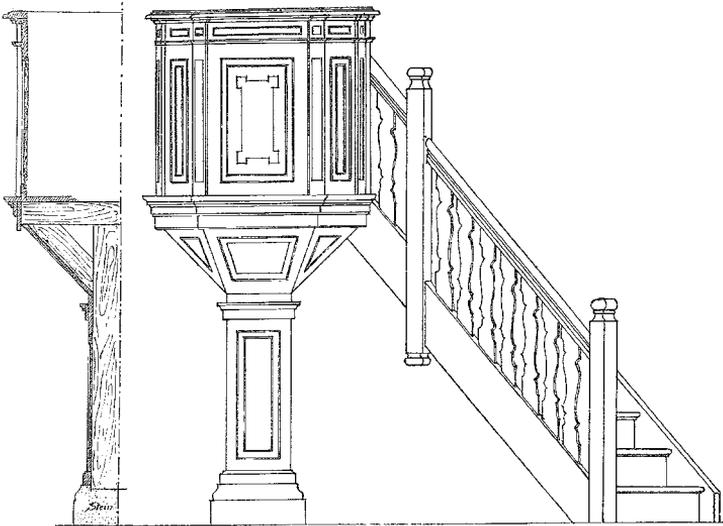
Redaktion Architekt Karl Heide
Breslau I, Taschenstr. 9. — Tel. 1660.

Inhalt: Die neue evangelische Dorfkirche zu Waldau. — Zentralverbände und Staatsinteresse.

Die neue evangelische Dorfkirche zu Waldau.

(Hierzu unsere Bilder.)





Die neue evangelische Dorfkirche in Waldau.
Kanzel.

Regierungs- u. Baurat P. Fischer,
Kgl. Ansiedelungskommission, Posen.

gestaltung bleibt bei der Behörde. Daher der einheitliche Eindruck, die Harmonie, die bereits allerwärts Anerkennung gefunden hat. Gerade diesen Punkt sollten auch die Regierungen berücksichtigen, um landwirtschaftliche Reize durch bauliche Missbildungen nicht zu verlieren, nämlich: Das Recht der Zurückweisung ungeeigneter Entwürfe einer Sachverständigenkommission zu übertragen.

Wir werden im Laufe der Zeit mehrere Bauten der Königlichen Ansiedelungskommission in unserer Zeitschrift zum Abdruck bringen. Die heute vorgeführte evangel. Kirche in Waldau ist ein solches Projekt.

Im Renaissance-Stil erbaut bietet sie eigentlich nichts Besonderes, sie ist eben eine schlichte Dorfkirche. Gerade dieses gewollte Schmucklose aber macht sie uns wertvoll. In einem alten Gutspark, inmitten prächtiger Bäume, nimmt sie sich mit ihrem roten Dache und ihren weissen Putzflächen, nur spärlich von den gelben Umrahmungen und Gesimsen in schlesischem Sandstein und den blitzenden bleiverglasten Fenstern mit ihren bunten Friesen unterbrochen, so recht heimisch aus, wie sie eben zum Dorfe sein muss. Sie ist gleichsam verwachsen mit den ganzen

Dorfbauten, in deren Mitte sie sich erhebt, wirkungsvoll foliert von den alten Räumen. Eine wundervolle Zweckabstimmung!

Es ist eine einfache, einschiffige Hallenkirche mit flacher Tonne und einseitig angeschlossenem Kreuzschiff. Alles ist naturfarben gehalten, die Beschläge sind wuchtig und dunkel gebräunt. Nur der Altarraum hat reichere ornamentale Durchbildung erhalten. Die Farben sind hell und wirkungsvoll abgestimmt, die Faser der Hölzer zum Teil mit Silberfarbe abgesetzt. Die ganze Formensprache ist einfach und klar und gerade deswegen besonders vornehm.

Eine rechte, echte Dorfkirche, deren drei Bronzeglocken die Gemeindeglieder auch zu idealem Tun rufen, nachdem sie wochentags über die Zeiger der weitbin leuchtenden Uhr mit ehernen Schlägen markierten, an harte Arbeit mahnden.

An den Ausführungen dieses Objektes, dessen Endsumme inkl. der massiven Umwehung des Kirchplatzes 68 000 M. betrug, waren folgende Firmen hauptsächlich vertreten:

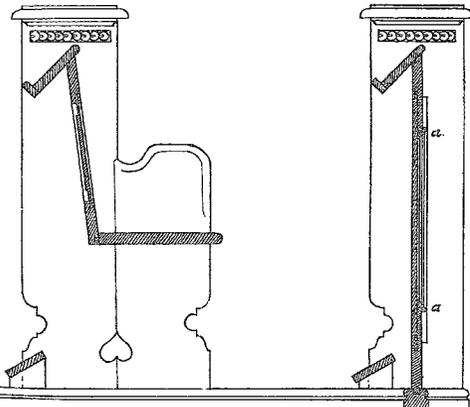
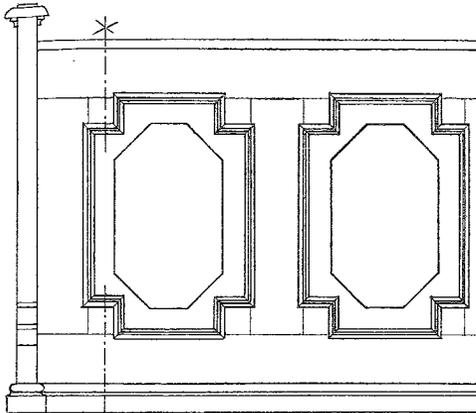
Maurer- und Zimmerarbeiten: Baugeschäft Medzeg in Fordon; Steinmetzarbeiten: Steinmetzstr. Böttcher in Posen; Ziegellieferung: Fiskalische Ziegelfabrik in Prust; Dachsteinlieferung und Dachdeckerarbeiten: Aktiengesellschaft Sturm in Freiwaldau; Bautischlerei u. Gestühl: Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft in Danzig; Klempnerarbeiten: Klempnerstr. Zacharias in Bromberg; Glaserarbeiten und Kunstverglasung: H. Lange jun. in Bromberg; Malerarbeiten: Maler Wellmann in Janowitz; Fliesenlieferung: Solenhofener Platten von Böttger in Posen; Fliesenverlegung: Baugeschäft Medzeg in Fordon; Beleuchtungskörper für Altarbeleuchtung: Kunstanstalt für

Kirchenausstattung von Dr. Ernst in Berlin; Glocken: Glockengiesser Schultz in Danzig; Uhranlage: Uhrmacher Unverferth in Bromberg; Altar, Kanzel und Taufstein: Hoch- und Tiefbau-Aktiengesellschaft in Danzig; Orgel: Orgelbauer Polzin in Posen; Altar-, Kanzel-, Taufstein-Anstattung nebst Kirchengereäte: Kunstanstalt von Dr. Ernst in Berlin. H.

Zentralverbände und Staatsinteresse.

Am 27. v. M. hielt das Gewerkschaftskartell der freien (sozialdemokratischen) Verbände in Posen-Jersitz eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ab. Dieselbe war sehr zahlreich besucht und nahm einen äusserst stiftmässigen Verlauf. Reichtagsabgeordneter Schmidt-Berlin referierte über: »Ziele und Taktik der Zentralverbände«.

In nachstehendem seien dessen Ausführungen im wesentlichen festgehalten, da sie im Interesse der Arbeitgeberbundsache von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.



Die neue evangel. Dorfkirche in Waldau. Gestülte. Regierungs- u. Baurat P. Fischer, Kgl. Ansiedelungskommis., Posen.

»Durch die Neugründung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Umfange der Provinz Posen sei der sicherste Beweis dafür erbracht, dass das Unternehmertum auch im Osten in nicht zu ferner Zukunft die »Zuchtrute« seiner Machtmittel den Arbeitnehmer kosten lassen werde, wie es durch den Zusammenschluss der Arbeitgeberverbände im Westen bereits ausgiebig geschähe. Es sei fast wünschenswert, dass auch im Osten das Arbeitgebertum die Allianzen seiner westdeutschen Kollegen annehme, damit durch Aussperrung den Arbeitern die Notwendigkeit der Organisation deutlicher vor Augen geführt werde als dies durch Versammlungen geschehen könne. Diesem Terrorismus der Unternehmer könne nur durch einen Massenbeitrag zu den Zentralverbänden begegnet werden. Die übrigen Verbände stehen halb und halb auf Sonderinteressen und im Schlepptau der Arbeitgeber und eignen sich daher nicht zur ausgiebigen Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Ein zahlreicher Beitrag zu den sozialdemokratischen Zentralverbänden liege also im Interesse eines jeden einzelnen, ja es sei eine Pflicht gegen sich selbst, gegen seine Familie und gegen den gesamten Arbeiterstand. Der Schluss gipfelte in einem nachdrücklichen Appell an die noch abseits vom Wege stehenden, in die Reihen der Genossen einzutreten. Die Schliessung dieser Reihen liege nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch in demjenigen des Staates und des gesamten Staatswesens.«

Der Inhalt dieser Rede kann vom Standpunkte der Arbeitgeber nur mit Geringfügigkeit aufgefasst werden und insonderheit kann jeder Arbeitgeberbund manche Lehre daraus ziehen.

Fürs erste ist es höchst interessant, wie die anscheinend ganz unvermutet erfolgte Gründung des Provinzialbundes den Arbeitnehmern, insonderheit den »freien Verbänden« in die Glieder gefahren ist. Es regnet förmlich von Agitationen dort, von Flugblättern und Versammlungen. Die Lehren des jüngsten Ausstandes in Posen machen sich doch etwas fühlbar, jene Lehre nämlich, dass nur eine stark geeinte Arbeitgeberschaft in den heutigen wirtschaftlichen Kämpfen, die von Fall zu Fall an Schärfe zunehmen, den unberechtigten Forderungen der Arbeitnehmer erfolgreich gegenüber treten kann. Daher die Furcht vor einem geeinten Arbeitgebertum, seine Qualifizierung als »Zuchtrute«.

Wohl der Provinz Posen, dass sie sich diese »Zuchtrute« bereits geschnitten hat. Wenn schon ihr Zeigen solchen Respekt einflösst, wird sie wohl niemals gebraucht werden. Es ist aus dieser ängstlichen Unruhe nur zu ersehen, wie bitter not diese Gründung tat und wie in gleichem Masse anderwärts mit allen Mitteln vordringlich an deren Konstituierung gearbeitet werden muss. Man täusche sich nicht! Die Arbeitnehmer rüsten in ihren Organisationen zu einem gewaltigen Kampfe. Wenn nicht besondere Umstände eintreten, kann heute schon der Zeitpunkt des Kampfbeginnes genau bezeichnet werden. Es werden alle Anstrengungen gemacht, Mitglieder für die freien Organisationen zu werben, und mit äusserster Zähigkeit werden die Kassen gefüllt. Die strikte Ordre von Hamburg aus, in Breslau so viel wie möglich einen Streik anlässlich des jüngsten Tarifabschlusses zu vermeiden, weil die Zentralkassen mit Rücksicht auf spätere grössere Kämpfe keine Streigelder zur Verfügung stellen können, die neueste Enthüllungssache der Gewerkschaften in der Massenstreikangelegenheit, lassen diese dringliche Aufforderung nicht als Schwarzmalerei erscheinen, sondern geben ihr eine tiefernste Realität.

Es kann daher den Arbeitgebern nicht genug aus Herz gelegt werden, den Ernst der Lage nicht zu verkennen, sich jetzt zu sammeln und zu rüsten um gegebenen Falls den Frieden erzwingen zu können.

Es wird kein Kampf sein um wirtschaftliche Vorteile, der hier in Aussicht gestellt ist, sondern ein sozialer, ein politischer. Das kann heute schon bestimmt behauptet werden. Es wird ein Kampf werden um die Macht des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber. Er soll zum Schemen eines Prinzips, des sozialen, und diesem dienstbar, gedrückt werden. Er soll monopolisiert werden durch die Organisationen und ein Angestellter dieser Verallgemeinerung sein. Der Begriff Arbeit soll umgesetzt werden in den eines Tauschgeschäftes und damit mehr dem Belieben des Einzelnen anbeigestellt. Dadurch können dann nur noch Grossbetriebe bestehen und der heute so schwer ringende Mittelstand ist damit ausgeschaltet. Dann können Machtproben inszeniert werden, die das wahre Endziel der gewerkschaftlichen Organisationen und Verbände bilden. Darum kann dem Arbeitgeberstande, der in seiner heutigen Zusammensetzung für eine gesunde Zukunft birgt, wenn Alle ihre Pflicht in dieser Sache tun, der endliche feste Gesamtzusammenschluss von kleinen zu grösseren Organisationen und von diesen zum grossen Ganzen, nicht oft genug vorgehalten werden.

Warum wollen denn die Arbeitnehmer kürzere Arbeitszeiten? Doch nur um Zeit für ihre Organisation zu gewinnen. Abend für Abend werden Versammlungen und Disputationen abgehalten und die Leute belehrt und geschult.

Und die Arbeitgeber! Das Geschäft verzehrt die Kraft, dann will man Ruhe haben. Die Konkurrenz — die liebe Konkurrenz — sie garantiert ein möglichst loses Zusammenhalten. Und doch liegt es nur am erblichen, ersten Willen der Arbeitgeber, sie aus der Welt zu schaffen. Erschon die Arbeitnehmer den Wert öffentlicher Zusammenkünfte und Beratungen, so müssten eigentlich die Arbeitgeber das erst recht begreifen und — darnach handeln.

In der vorerwähnten Rede wurde dann auf den Terror der Arbeitgeber hingewiesen, wie er sich insonderheit in der »Zuchtrute« des neuen Provinzialbundes äussert wird. Dass die Ziele des Provinzialbundes andere sind, als jene einer »Zuchtrute«, ist hier schon öfter betont worden, in den Plan der freien Verbände passt dieses Programm allerdings nicht.

Wenn aber der Redner Streiks und Aussperrungen geradezu provoziert, wie sein Hinweis auf »westliche Allüren« mit dem Wunsche, dass noch recht viele Aussperrungen eintreten möchten, um den Arbeitnehmern den Anschluss an die Zentralverbände anschaulicher vor Augen zu führen, wie in Versammlungen, so ist die Verantwortung hierfür dem Redner wohl entgangen. Es seien diese Worte ganz besonders den Arbeitgebern eingepreßt, sie bestätigen unsere Behauptung, dass nie rein wirtschaftliche Momente einen Ausstand begründeten. Ja nach dem Vorhergesagten wird ein Streik oder eine Sperre nur als Agitationsmittel für den Eintritt in die Zentralverbände angesehen. Man kann es also erleben, dass dort, wo in einem Zentralverbände d. h. in einer Ortsgruppe desselben das Leben nicht ordentlich pulsiert und Beirtritte nicht oder nicht im gewünschten Masse erfolgen, einmal der Sympathie nach Aussehen zuliebe unter Verschiebung wirtschaftlicher Interessen und unwürdiger Behandlung eine Aussperrung ins Werk gesetzt wird, die eigentlich nur eine Werbetrömmel für die Zentralverbände ist. Aus diesen offenherzigen Worten wird manches verständlich und manche plötzliche Unzufriedenheit erklärt sich: es lag im Werbeinteresse der Organisationen.

Mögen sich diese Taktiker aber auch sagen lassen, dass jeder solche Ausstand den Zusammenschluss der Arbeitgeber vor starkt. Trotz den der Allgemeinheit vorgetäuschten Märchen wissen die Arbeitgeber in solchen Fällen wohl, was die wahre Ursache ist und die Wirkung wird dann wohl eine andere sein, wie der Redner verkündete. Für alle Fälle aber müssen diese Worte festgehalten werden.

Als dann auch die anderen Verbände, der Christliche, Hirsch-Dunkersche und Polnische, unter Protest gegen die letzten Ausführungen, zu Worte kommen wollten, von denen namentlich die ersten beiden ihr »traues Schulter-an-Schulter-kämpfen« mit dem Zentralverbände anlässlich der jüngsten Aussperrungen betonten, wurden sie einfach niedergeschrieben. Eine herbe, aber gerechte Quittung. Sie wissen eben nicht, dass nur die Zentralverbände die richtigen Arbeiterinteressenvertreter sind. Im Notfall, je da sind die anderen recht, da wirkt diese Solidarität auch nach aussen, beim Publikum, bei der Behörde. Jetzt aber, wenn Ruhe eingetreten ist, müssen sie bombardiert werden. Sie verschulden sogar noch die Niederlagen, weil sie eben keine Arbeitnehmerinteressenvertreter im Sinne der Zentralverbände sind. Hoffentlich nehmen jene Verbände für künftige Fälle diese Lehre an.

Da soeben die Schlussabrechnung über die jüngste Posener Aussperrung seitens der Maurerorganisation ausgegeben wird, dürfte ihre Einschaltung hier interessieren.

An der Aussperrung beteiligten sich 65 Arbeitgeber. Die Arbeitgeber, die sich an der Aussperrung nicht beteiligten, beschäftigten nur 261 Maurer. Von der Aussperrung wurden betroffen 930, gestreikt haben 983 Maurer; davon waren verheiratet 714 mit 1443 Kindern. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 22 155 Tage, der entgangene Verdienst 114 319,80 M. Nach Abzug der erhaltenen Streikunterstützungen im Betrage von 39 192,70 M. erreichte der Lohnverlust der Streikenden die respektable Summe von 75 127,10 M. Unter Berücksichtigung des Verdienstverlustes, den ein grosser Teil der übrigen Bauhandwerker und Bauarbeiter, sowie die Fuhrleute erlitten haben dürfte der Betrag von 150 000 M. während des sechswöchigen Zeitraumes im Geschäftsvorkehr weniger umgesetzt worden sein. Dazu kommt noch eine Anzahl Strafmandate wegen Streikpostenstehens in der Höhe von je 15 M., in einem Falle (Misshandlung) 8 Tage Gefängnis.

Das ist gewiss noch eine beherzigenswerte Lehre und illustriert die grosse Sprache, die jetzt atschotzend geführt wird im Sinne der Zentralverbände. Das ist die rechte Arbeitnehmer-Interessenvertretung! Sonst redet man immer von den Tränen, die durch ungerechte Lohnrücktritt der »Ausbeuter« (Arbeitgeber) ausgepresst werden; ob wohl an dieser mutwilligen, nach obigen im Interesse der Zentralverbände gelegenen Sache auch solche Kleben?

Den Höhepunkt des Abends bildete aber wohl die Phrase vom Staatsinteresse. Jetzt wissen wir es also offiziell aus dem Munde eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten:

»Der Eintritt in die sozialdemokratischen Zentralverbände liegt nicht nur im Interesse eines jeden Einzelnen, sondern auch in demjenigen des Staates und des gesamten Staatswesens!«

Der Redner hat jedenfalls im Eifer der Rede, vor »Staat« das Wörtchen »Zukunft« vergessen, denn im Interesse des Zukunftsstaates liegt es wohl, wie heute Streik und Sperren vom Zaune gebrochen werden, wie man betet und verdröhrt, wie man Unzufriedenheit schürt und wachhält und unreifen Elementen phantastische Ideen in die Köpfe setzt, sie »aufklärt«, was schliesslich nichts anderes als den Massenstreik und Massenaufrüstung propagiert, wie auch die bereits erwähnten Gewerkschafts-Entstellungen klar beweisen.

Dagegen liegt es sehr im Interesse unseres heutigen Staats- und Erwerbslebens, das in einem geordneten Geschäftsgange und in ruhigen inneren Zuständen beruht, dass starke Verbände, die dies garantieren, gegründet werden. Dass aber die Zentralverbände das nicht auf ihre Fahnen geschrieben haben, bedarf wohl kaum der Erwähnung.

Mögen daher unsere Offiziösen, solche Loyalitätsbezeugungen von dieser Seite richtig würdigen.

Aber auch anderwärts wird dieses Staatsinteresse richtig illustriert. Dies zeigt z. B. die Nummer 152 der Breslauer »Volkswacht« vom 4. d. Mts. Dieselbe wurde auf dieser Versammlung als Lektüre besonders empfohlen, weshalb ihre Zitierung hier am Platze ist. Es wird der 40 jährige Jahrestag der Schlacht bei Königgrätz zum Ausgangspunkte einer Betrachtung gemacht und da heisst es u. a.:

... Auch das neue Preussen, das Land der Untertanentreue, der Gottesfürcht und frommen Sitte ist emporgewachsen auf dem vulkanischen Boden revolutionärer Entwicklung.

Kein Umsturz allein gelangt durch die Gewalt; auch das revolutionäre preussische Gottesgndentum hat seinen Kampf nicht mit Pulver und Blei geführt. Vielmehr trat es in Deutschland als der Verfechter bürgerlicher Interessen auf den Plan, es scheute sich auch nicht, ausserhalb und innerhalb seiner Grenzen die stets ausschlaggebenden Massen des Volkes zu umschmeicheln und den Strom demokratischer Entwicklung auf das Schwungrad seiner Mühle zu leiten. Es reizte deutsche Untertanen zu Eibrück und Hochverrat wider ihre angestammten Landesväter auf. ... Ein Beispiel für viele, welches beweist, dass das revolutionäre Gottesgndentum nicht bloss die Ziele der Revolution — Verfassungsumsturz, Monarchenvertreibung, Expropriation — mit handfestem Eifer verfolgte, sondern auch unbedenklich alle Mittel der Revolution — Gewaltanwendung, Aufreizung zum Hochverrat und Widerstand gegen die Staatsgewalt — für sich in Anspruch nahm, die sie freilich, um auch in so verkehrter Zeit ihre christlich-nationale Eigenart zu bewahren, noch durch ein weiteres ergänzte, das sonst nicht zu den revolutionären Mitteln zählt, nämlich zum Mittel der Bestechung. ... Preussen liebte den Hochverrat, aber es liebte ihn nicht zu Hause. Es machte Revolution, duldete aber nicht, dass ein anderer sie auf eigene Faust trieb. Es beförderte den Umsturz, um seine eigenen reaktionären Einrichtungen zu befestigen und ihren Einfluss allmählich auf ganz Deutschland auszu dehnen. Der Sieg von Königgrätz brach der bürgerlichen Opposition den Rücken, und trieb den nationalliberal gehäuteten Fortschritt in das Lager des Verfassungsbrechers und Staatsstreichsmannes. Jetzt war der Einfluss der dynastischen Interessen nicht mehr »entrenvend«, sondern heilsam und löblich, denn es waren ja die allein berechtigten Interessen der borussischen Dynastie, die jetzt in Deutschland vorherrschend geworden waren. ... Die Bourgeoisie hat unter der Herrschaft des Preussentums gedeckte Tische und volle Schüsseln gefunden. Das Proletariat ist aber nicht satt geworden von den Segnungen des sozialen Königstums, und wäre es satt, so dürstete ihm doch nach Freiheit. Denn der »deutsche Idealismus« findet heute nur mehr dort eine Zufluchtsstätte, wo der Pfaffe den Teufel des Materialismus wittert und das Kreuz schlägt. Aus den Tiefen steigt die Kraft, und längst scheint der Stern Hohenzollerns nicht mehr als der hellste am Himmel!

So also versteht die Sozialdemokratie die Berechtigung ihrer umstürzlerischen Forderungen am heutigen Staate nachzuweisen. Sie tut ja hiernach nichts anderes als was der Staat seinerzeit und gegebenenfalls auch heute noch für richtig hält im Interesse seines Bestehens. Deswegen deckt sich ihr Programm auch so augenfällig mit dem des Staates und deswegen ist sie auch eine »staatsbildende« Partei, von der auch die Zentralverbände ein Glied sind. Es ist süßes Gift, das hier geboten wird und in dieser Form wird es »aufklären.«

»Darum tretet ein in die Zentralverbände, es liegt dies im Interesse des Staates und des gesamten Staatswesens. Dort sitzen keine Hakatisen!«

»Videant consules!«

H.